

bk Landschaftsarchitekten
Hallorenring 4
06108 Halle

Landesgeschäftsstelle

Joachim Schruth

Tel. +49 (0)341 33 74 15-30
Fax +49 (0)341 33 74 15-13
schruth@NABU-Sachsen.de

23.07.2020

Bebauungsplan " Nördliche Erweiterung/Abrundung Ortslage Borsdorf - Einkaufsmarkt (ALDI) und 1. Änderung des FNP

Ihr Schreiben vom: 23.06.2020

Unser Zeichen: VO-SN-2020-26072-NABU

Sehr geehrte Damen und Herren,

der NABU Landesverband Sachsen e. V. bedankt sich für die Zustellung der Unterlagen.

Das Plangebiet befindet sich im Norden der Gemeinde Borsdorf und befindet sich westlich der Panitzscher Straße. Am Standort soll ein ALDI-Markt entstehen. Im Gegenzug wird wenige Kilometer entfernt in Machern der ALDI wohl geschlossen. Die Fläche bleibt versiegelt, eine neue Fläche knapp ein ha wird versiegelt. Der (überflüssige) Eingriff in das Schutzgut Boden ist gravierend. Das Plangebiet liegt innerhalb des 1994 ausgewiesenen Landschaftsschutzgebietes (LSG) „Partheaue.“

Bodenschutz

Dem Schutzgut Boden kommt als Lebensgrundlage für Menschen, Tiere und Pflanzen besondere Bedeutung zu, insbesondere im Hinblick auf den fortschreitenden Bodenverbrauch und die Tatsache, dass die Ressource Boden nur begrenzt verfügbar und nicht vermehrbar ist.

Böden verfügen über verschiedene Funktionen:

- Regelungs- und Speicherfunktion

Böden speichern und regeln Wasser- und Stoffkreisläufe indem sie Wasser im Boden zurückhalten und Stoffe filtern, puffern und speichern. Bodenversiegelungen bilden einen wesentlichen Grund für die Verstärkung von Oberflächenabflüssen und damit eine Verschärfung von Hochwassergefahren. Mit der Bebauung wird gerade diese Funktion erheblich beeinträchtigt, was sich u.a. in der Notwendigkeit eines Regenrückhaltebeckens zeigt. Auch wenn darüber ein gedrosselter Einlauf gesteuert werden soll führt die punktuelle Einleitung in den Vorfluter zu einer verstärkten Wasserableitung aus dem Gebiet, damit einer



NABU (Naturschutzbund Deutschland)
Landesverband Sachsen e. V.
Löbauer Straße 68
04347 Leipzig
Tel. +49 (0)341 337415-0
Fax +49 (0)341 337415-13
landesverband@NABU-Sachsen.de
www.NABU-Sachsen.de

Geschäftskonto

Bank für Sozialwirtschaft
IBAN DE32 8602 0500 0001 3357 00
BIC BFSWDE33LPZ

Steuer-Nr. 232/140/07118

Spendenkonto

Bank für Sozialwirtschaft
IBAN DE05 8602 0500 0001 3357 01
BIC BFSWDE33LPZ

Der NABU Sachsen ist ein staatlich
anerkannter Naturschutzverband.
Spenden und Beiträge sind steuerlich
absetzbar.

verringerten Grundwasserneubildung und der Erhöhung der Wassermenge im Vorfluter.

- Lebensgrundlage- und Lebensraumfunktion

Böden sind Lebensgrundlage und Lebensraum für Pflanzen, Tiere, Mikroorganismen und Menschen

- Nutzungsfunktion

Böden sind Grundlage für Nutzungen in der Land- und Forstwirtschaft, liefern über den Abbau wichtige Rohstoffe (u.a. Lehm, Ton, Sand) und werden als Flächen und Standorte für Siedlungs- und Verkehrszwecke genutzt.

- Archivfunktion der Kultur- und Naturgeschichte

Böden sind Zeitzeugen der natürlichen Landschaftsentwicklung (z.B. eiszeitliche Prägungen) und der menschlichen Tätigkeit (z.B. historische Inkulturnahme).

Daraus resultiert das besondere Augenmerk auf den vorsorgenden Bodenschutz. In der Nationale Nachhaltigkeitsstrategie 2002 hat sich die Bundesregierung verpflichtet, die Flächeninanspruchnahmen bis zum Jahr 2020 auf 30 ha/Tag zu reduzieren und ein Verhältnis von Innen- zu Außenentwicklung von 3: 1 zu erreichen. Darauf aufbauend wurde 2009 in Sachsen in einem gemeinsamen Handlungsprogramm des SMI und des SMUL vereinbart, dass die Flächeninanspruchnahme in Sachsen bis zum Jahr 2020 auf unter 2 Hektar pro Tag gesenkt werden soll. Nach den letzten Angaben für Sachsen war 2018 die tägliche Flächeninanspruchnahme nach einer leichten Verringerung im Jahr 2017 wieder auf 5 Hektar pro Tag gestiegen. Das zeigt, dass die selbstgesteckten Ziele in Sachsen nicht erreicht werden. Aus den o.g. Gründen sind derartig große Neuversiegelungen im Außenbereich wie hier kritisch zusehen.

Die Aussagen in den Unterlagen zum Artenschutz in den Unterlagen sind mangelhaft.

Nach dem Urteil C-98/03 EuGH vom 10.01.06 und dem geänderten Bundesnaturschutz-gesetz vom 29. Juli 2009 ist für alle Vorhaben - auch außerhalb von FFH- und EU-Vogelschutzgebieten - bei denen streng und besonders geschützte Tierarten nach Anhang IV der FFH-Richtlinie und Arten der EU-Vogelschutzrichtlinie in ihren Lebensräumen berührt sind, zur Bewältigung der Schutzbelange dieser benannten Tierarten die Erarbeitung einer speziellen Artenschutzprüfung erforderlich.

Der Artenschutz stellt ein eigenständiges Instrument dar und ist als Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag im landschaftspflegerischen Begleitplan abzufassen. Das regeln die Erlasse des Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit vom 05.04.2006, 14.02.2007 und 17.08.2007 sowie die Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes vom 12.12.2007

Die Notwendigkeit zur Durchführung einer Artenschutzprüfung im Rahmen der Bauleitplanung und bei der Genehmigung von Vorhaben (hier Bebauungsplan) ergibt sich aus den Artenschutzbestimmungen des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG). Mit den Regelungen der §§ 44 Abs. 1, 5, 6 und 45 Abs. 7 BNatSchG sind die entsprechenden Vorgaben der FFH-RL (Art. 12, 13 und 16 FFH-RL) und der V-RL (Art. 5, 9 und 13 V-RL) in nationales Recht umgesetzt worden. Es bedarf keiner Umsetzung durch die Länder, da das Artenschutzrecht unmittelbar gilt.

Nach nationalem und internationalem Recht werden drei verschiedene Artenschutzkategorien unterschieden (vgl. § 7 Abs. 2 Nr. 12 bis 14 BNatSchG):

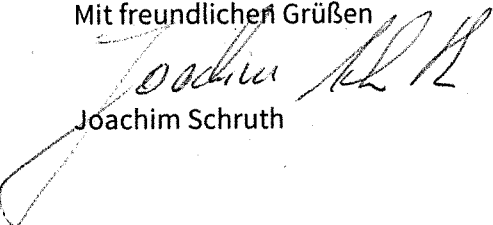
- besonders geschützte Arten (nationale Schutzkategorie),
- streng geschützte Arten (national) inklusive der FFH-Anhang IV-Arten (europäisch)
- europäische Vogelarten (europäisch).

Damit gehören zum Prüfumfang einer Artenschutzprüfung die europäisch geschützten FFH-Anhang-IV-Arten und die europäischen Vogelarten. Um zum Ergebnis zu kommen, dass keine geschützten Arten betroffen sind, ist zumindest eine Vorprüfung vorzulegen, in der durch eine überschlägige Prognose geklärt wird, ob und ggf. bei welchen Arten artenschutzrechtliche Konflikte auftreten können. Um dies beurteilen zu können, sind verfügbare Informationen zum betroffenen Artenspektrum einzuholen. Vor dem Hintergrund des Vorhabentyps und der Örtlichkeit sind alle relevanten Wirkfaktoren des Vorhabens einzubeziehen. Wenn artenschutzrechtliche Konflikte möglich sind, ist für die betreffenden Arten eine vertiefende Art-für-Art-Betrachtung in Stufe II (mit Vermeidungs- und vorgezogenen Ausgleichsmaßnahmen) erforderlich, die ggf. in ein Ausnahmeverfahren münden kann.

Im Fazit lehnt der NABU Sachsen den Bebauungsplan " Nördliche Erweiterung/Abrundung Ortslage Borsdorf - Einkaufsmarkt (ALDI) und 1. Änderung des FNP ab. Eine Ausgliederung der Fläche aus dem LSG „Partheaue abgelehnt.

Wir bitten um Auseinandersetzung mit den vorgetragenen Einwänden und um Zustellung der Abwägung zum Vorhaben.

Mit freundlichen Grüßen


Joachim Schruth